



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen: V14 -65b02.07-02-18/001

Regierungspräsidien

64278 Darmstadt

35338 Gießen

34112 Kassel

zur Weiterleitung an die nachgeordneten
Brandschutzdienststellen

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Branddirektion
Herrn Karl-Heinz Frank
Direktor der Feuerwehr
Feuerwehrstraße 1
60345 Frankfurt am Main

Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt 37
Herrn BOR Andreas Kleber
Kurt- Schumacher-Ring 16
65197 Wiesbaden

nachrichtlich an:

Hessisches Sozialministerium
65187 Wiesbaden

Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Hessischer Städtetag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Hessischer Städte- und Gemeindebund
Henri-Dunant-Straße 13
63165 Mühlheim

Landesfeuerwehrverband Hessen e.V.
Kölnische Straße 44-46
34117 Kassel

Hessische Landesfeuerweherschule
Heinrich- Schütz-Allee 65
34134 Kassel

Dst. Nr. 0005
Bearbeiter/in Herr Dr. Kutschker
Durchwahl (06 11) 353 1413
Telefax: (06 11) 353 1426
Email: thomas.kutschker@hmdis.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

Datum 10. August 2022

Hessisches Gesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - HBKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2014 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. September 2021 (GVBl. S. 602)

**Erweiterung der Tatbestände über den Kostenersatz der Feuerwehren (§ 61 HBKG);
Ergänzende Erläuterungen zur Erstattungsfähigkeit von Unterstützungsleistungen
durch die Feuerwehren - Erlass vom 28. September 2018**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Hessische Brand- und Katastrophenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2014 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. September 2021 (GVBl. S. 602) enthält in § 61 Absatz 3 Nr. 4 HBKG die Ermächtigungsgrundlage zur Heranziehung eines Leistungserbringers zu Gebühren für einen Feuerwehreinsatz. Gemäß § 61 Abs. 3 Nr. 4 HBKG für alle nicht von § 61 Abs. 1 und Abs. 2 HBKG erfassten Leistungen, vor allem in Fällen der Allgemeinen Hilfe, die Kosten nach allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen oder nach örtlichen Gebührenordnungen zu erstatten.

Die nachfolgenden Erläuterungen dienen als Interpretations- und Auslegungshilfen, um die Unterstützungsleistung nach § 61 Abs. 3 Nr. 4 HBKG (Kostenpflicht) oder gemäß § 61 Abs. 6 HBKG (Grundsatz der Kostenfreiheit) einordnen zu können.

In Fällen des § 61 Abs. 3 Nr. 4 HBKG ist z.B. der Leistungserbringer im Rettungsdienst oder beim Krankentransport kostenpflichtig, wenn sich dieser zur Erfüllung seines Rettungsdienst- oder Krankentransportauftrags der Unterstützung der Feuerwehr bedient. Abrechnungsfähig ist in diesen Fällen der entstandene Kostenaufwand für Personal, Fahrzeuge sowie Geräte, die für den Einsatz angefordert wurden.

Die in § 61 Abs. 3 Nr. 4 HBKG normierte Kostenpflicht wird begrenzt durch den gesetzlichen Ausnahmetatbestand gemäß § 61 Abs. 6 HBKG, wonach für die Rettung von Menschen aus akuter Lebensgefahr weder Gebühren noch der Ersatz von Auslagen gefordert werden dürfen. In diesen Fällen bleibt es bei dem allgemeinen Grundsatz der Kostenfreiheit. Liegt beim Patienten ein akut lebensbedrohlicher Krankheits- oder Verletzungszustand vor, erfolgt der Einsatz der Feuerwehr im Rahmen der Gefahrenabwehr und somit in Wahrnehmung originär eigener Aufgaben.

Wann eine Rettungsmaßnahme aufgrund akuter Lebensgefahr vorliegt, lässt sich gesetzlich nicht konkretisieren, ist aufgrund ihres Ausnahmecharakters grundsätzlich eng auszulegen und kann nur einzelfallbezogen beurteilt werden.

Grundsätzlich ist unter dem Merkmal „akut“ Unmittelbarkeit bzw. Dringlichkeit zu verstehen, wobei der Begriff maßgeblich durch den Zeitfaktor bestimmt wird. Die Gefahr für das Leben muss danach unmittelbar drohen und im Augenblick herrschend sein. Dabei ist der Begriff der lebensbedrohlichen Lage synonym mit dem einer lebensgefährlichen Situation zu verwenden, also einem Zustand, der bei einem zu prognostizierenden weiteren Verlauf unmittelbar zum Tod führen kann. Der Zusatz „akut“ impliziert dabei, dass die Wahrscheinlichkeit des Schadeneintritts deutlich über die beim Gefahrenbegriff aus dem Gefahrenabwehrrecht heranzuziehende hinreichende Wahrscheinlichkeit hinausgeht und unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalles eine akute Lebensgefahr dann gegeben ist, wenn ohne weitere wesentliche Zwischenschritte der Eintritt des Todes mit nahezu an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu befürchten ist. Bei der Frage, ob eine solche akute Lebensgefahr vorliegt ist - wie im Gefahrenabwehrrecht allgemein - auf die ex ante-Beurteilung, also die (objektiv zu bewertende) Sach- und Kenntnislage im Zeitpunkt des behördlichen Handelns, abzustellen. Für die Frage, ob ein Einsatz der Feuerwehr aufgrund akuter Lebensgefahr nach § 61 Abs. 6 HBKG unentgeltlich ist, ist demzufolge auf den Zeitpunkt abzustellen, in dem über den Einsatz der Feuerwehrrkräfte entschieden wird.

Zur Unterstützung der Einschätzung, wann möglicherweise ein akut lebensbedrohlicher Zustand vorliegen könnte, kann der Indikationskatalog der Bundesärztekammer für den Notarzteinsatz in der jeweils gültigen Fassung oder gemäß standortbezogener Festlegungen des ärztlichen Leiters/ der ärztlichen Leiterin Rettungsdienst als Auslegungshilfe herangezogen werden, ohne daran im Rahmen der Entscheidung gebunden zu sein. Sofern eine Kostenpflicht nach § 61 Abs. 3 HBKG greift und ein Ausschluss nicht gemäß § 61 Abs. 6 HBKG vorliegt, hat der Kostengläubiger zwingend zu prüfen, ob weitere Kostenschuldner in Betracht kommen. Dies können z.B. weitere am Einsatz beteiligte Organisationen oder der Patient selber sein. Mehrere Kostenschuldner haften gesamtschuldnerisch, wobei der Kostengläubiger eine Auswahl darüber zu treffen hat, von welchem Gesamtschuldner er die (gesamte) Leistung fordert.

So hat der Kostengläubiger nach Prüfung des Vorliegens der in § 61 Abs. 3 HBKG genannten Alternativen ein Auswahlmessen auszuüben und anschließend eine Ermessensentscheidung darüber zu treffen, welchen der ermittelten Kostenschuldner er in Anspruch nehmen wird. Die Ermessensentscheidung ist im Gebührenbescheid zu begründen.

Zum gegenseitigen Verständnis der Feuerwehren und Leistungserbringer im Rettungsdienst ist zu empfehlen, die Verfahrensweise bei der Umsetzung dieser Regelung zwischen den Kommunen bzw. Landkreisen sowie den Feuerwehren und Leistungserbringern im Rettungsdienst zu kommunizieren.

Der Erlass vom 28. September 2018 wird aufgehoben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. Tobias Bräunlein)